

Überwindet den Krisenkapitalismus

Für eine Erneuerung des schöpferischen Marxismus

Von Samir Amin

Das Prinzip endloser Akkumulation, also das Wesen des Kapitalismus, ist gleichbedeutend mit exponentiellem Wachstum; letzteres aber führt, wie Krebs, zum Tode. John Stuart Mills, der das erkannte, malte sich einen „stationären Zustand“ aus, der diesem irrationalen Prozess ein Ende setzen werde. John Maynard Keynes teilte die Zuversicht, dass die Vernunft siegen werde. Doch keiner von beiden verfügte über das Instrumentarium, mit dem sich erkennen lässt, wie die notwendige Überwindung des Kapitalismus auf Dauer zu erreichen wäre. Marx hingegen konnte sich, indem er dem neuen Klassenkampf die ihm gebührende Bedeutung beimaß, die Aufhebung der Machtkonzentration der Kapitalistenklasse vorstellen. Heutzutage liegt diese Macht in den Händen der herrschenden Oligarchie.

Die Akkumulation, die zugleich Pauperisierung, Verelendung bedeutet, gibt den Kämpfen gegen den Kapitalismus ihren objektiven Rahmen. Hauptsächlich findet die Akkumulation ihren Ausdruck jedoch im zunehmenden Gegensatz zwischen dem Überfluss der Gesellschaften im Zentrum des Weltsystems, die von der imperialistischen Rente¹ profitieren, und dem Elend der Gesellschaften an den herrschaftsunterworfenen Rändern, den Peripherien. Dieser Konflikt wird daher zur Hauptachse der Alternative von „Sozialismus oder Barbarei“.

Die Geschichte des „real existierenden“ Kapitalismus ist durchgängig mit aufeinanderfolgenden Formen der Akkumulation durch Enteignung verbunden, nicht etwa nur an ihrem Anfang („ursprüngliche Akkumulation“), sondern auf jeder einzelnen Entwicklungsstufe des kapitalistischen Systems. Einmal fest etabliert, erstrebte dieser „atlantische“ Kapitalismus die Eroberung der ganzen Welt. Und er erschuf diese auf der Grundlage permanenter Enteignung der eroberten Regionen neu, welche im Verlauf des Prozesses zu den herrschaftsunterworfenen Peripherien des Systems wurden.

Diese „siegreiche“ Globalisierung erwies sich allerdings als unfähig, ihre Herrschaft auf dauerhafte Weise durchzusetzen. Kaum ein halbes Jahrhundert

* Samir Amin hielt die Rede, die wir hier in deutscher Erstveröffentlichung präsentieren, anlässlich der Preisverleihung des Ibn-Rushd-Preises für Freies Denken am 3. Dezember 2009 in Berlin. Der Preis wird für Verdienste um die Demokratie und Meinungsfreiheit in der islamischen Welt vergeben. Die Laudatio auf Amin hielt Dieter Senghaas.

1 Der Begriff bezieht sich darauf, dass Imperialismus durch gewalttätige Formen der Enteignung eine Art „Sonderdividende“ erzielt, die nicht real produziert, sondern lediglich abgeschöpft wird. – D. Red.

nach seinem Triumph im 19. Jahrhundert (mit dem zum ersten Mal das „Ende der Geschichte“ begonnen zu haben schien) wurde dieses Modell durch die Revolution im halbperipheren Russland und die (siegreichen) Befreiungskämpfe in Asien und Afrika, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts prägen, bereits in Frage gestellt – durch die erste Welle der Kämpfe um die Emanzipation der Arbeiter und der Völker.

Die Akkumulation durch Enteignung nimmt vor unseren Augen im modernen Spätkapitalismus der heutigen Oligopole ihren Fortgang. In den Zentren laufen die Monopolrenten – die den oligopolistischen Plutokratien zugute kommen – auf nichts anderes als die Enteignung der gesamten produktiven Basis der Gesellschaft hinaus. In den Peripherien manifestiert sich dieser räuberische Prozess, der mit Verelendung einhergeht, in der Enteignung der ländlichen Bevölkerung und der Plünderung der Bodenschätze der betreffenden Regionen. Diese beiden Praktiken bilden gemeinsam die Eckpfeiler der Expansionsstrategien des Spätkapitalismus der Oligopole.

Deshalb verorte ich die „neue Agrarfrage“ im Zentrum der Herausforderungen, vor denen das 21. Jahrhundert steht. Die Enteignung der Landbevölkerung (in Asien, Afrika und Lateinamerika) ist heute die Hauptform der mit der Akkumulation verbundenen Pauperisierung (in dem Sinne, den Marx dieser „Gesetzmäßigkeit“ zuschrieb). Ihr Fortgang lässt sich nicht trennen von den Strategien, mit denen die Oligopole danach streben, imperialistische Renten aufzuspüren und zu erbeuten – mit oder ohne Bio-Brennstoffe. Ich schließe daraus, dass die Entwicklung der Kämpfe vor Ort – und damit der Zukunftsaussichten, die diese Kämpfe den Agrargesellschaften des Südens (nahezu der Hälfte der Menschheit) eröffnen – weitestgehend darüber entscheiden wird, ob die arbeitenden Menschen und die Völker auf dem Weg zur Schaffung einer authentischen, von der Kapitalherrschaft befreiten Zivilisation, für die ich keinen anderen Namen als den des Sozialismus finde, vorwärts kommen.

Die Plünderung der Bodenschätze des Südens, die das Festhalten am Modell verschwenderischen Konsums zum alleinigen Vorteil der Überfluggesellschaften im Norden erfordert, zerstört für die betroffenen Völker jede Aussicht auf eine Entwicklung, die diesen Namen verdient, und stellt deshalb die andere Seite der Verelendung im Weltmaßstab dar. In dieser Hinsicht handelt es sich bei der „Energiekrise“ weder um das Ergebnis der Verknappung bestimmter Rohstoffe, die für die Produktion benötigt werden (wie offenkundig das Erdöl), noch um die destruktiven Auswirkungen der heute vorherrschenden, energievereschlingenden Produktions- und Verbrauchsmuster. Eine derartige Deutung greift, obwohl nicht falsch, zu kurz, weil sie über den unmittelbaren, banalen Augenschein nicht hinausreicht. Der „Energiekrise“ liegt der Wille der Oligopole und eines kollektiven Imperialismus zugrunde, sich das Monopol auf Zugang zu den natürlichen Ressourcen des Planeten zu sichern, seien diese nun knapp oder nicht, und zwar auf eine Weise, die ihnen die Aneignung der imperialistischen Rente ermöglicht. Dies gilt unabhängig davon, ob die Verwendung dieser Ressourcen in der gleichen Weise erfolgt wie heute (verschwenderisch und energiefressend) oder Eingriffen durch „umweltfreundliche“ Maßnahmen und neue Korrektive unterzogen

wird. Ich schließe daraus, dass die expansionistische Strategie des Spätkapitalismus der Oligopole unweigerlich auf wachsenden Widerstand der Nationen des Südens stoßen wird. Die gegenwärtige Krise ist deshalb weder eine Finanzkrise noch die Summe einer Vielzahl systemischer Krisen, wir haben es vielmehr mit der Krise des imperialistischen Oligopol-Kapitalismus zu tun. Dessen exklusive Vormachtstellung gerät erneut in Gefahr, durch die Kämpfe breiter Volksmassen und der Nationen der herrschaftsunterworfenen Peripherien in Frage gestellt zu werden, selbst wenn es offenkundig „Schwellenländer“ sind. Gleichzeitig handelt es sich um eine Krise der US-Hegemonie. Alles in allem stehen die folgenden Erscheinungen in einem unauflöselichen Zusammenhang miteinander: der Kapitalismus der Oligopole, die politische Macht der Oligarchien, die barbarische Globalisierung, die Finanzialisierung, die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten, die Militarisierung der Art und Weise, wie die Globalisierung im Dienste der Oligopole betrieben wird, der Niedergang der Demokratie, die Plünderung der Reichtümer dieser Erde und die Abkehr von der Aufgabe, den Süden zu entwickeln.

Die eigentliche Herausforderung lautet daher so: Wird es möglich sein, dass diese Kämpfe dahingehend konvergieren, den Weg – oder die Wege – zu ebnen, auf denen der langwierige Übergang zum Weltsozialismus erreicht werden kann? Oder werden diese Kämpfe voneinander getrennt bleiben, werden sie womöglich sogar aufeinanderprallen und deshalb unwirksam werden, wodurch die Initiative dem Kapital der Oligopole überlassen bliebe?

Von einer langen Krise zur nächsten

Der Finanzkollaps vom September 2008 hat jene herkömmlichen Wirtschaftswissenschaftler, die eine „fröhliche Globalisierung“ verfochten, vermutlich überrumpelt und einige der Erfinder des liberalen Diskurses, der seit dem „Fall der Berliner Mauer“ Oberwasser hatte, zeitweilig in Verlegenheit gebracht. Dass dieser Vorgang für mich hingegen keineswegs überraschend kam, sondern dass ich mit ihm rechnete (natürlich ohne, wie die Hellseherin Madame Soleil, sein Datum vorherzusagen), liegt ganz einfach daran, dass er für mich folgerichtig in den Ablauf jener langen Krise eines alternden Kapitalismus gehört, die in den 1970er Jahren begann.

Es empfiehlt sich, einen Rückblick auf die erste lange Krise des Kapitalismus zu werfen, die das 20. Jahrhundert prägte. Die Entwicklungsstadien beider Krisen weisen nämlich verblüffende Parallelen auf.²

Der im 19. Jahrhundert so erfolgreiche Industriekapitalismus geriet 1873 in eine Krise. Die Profitraten sanken, und zwar aus Gründen, die Marx aufgezeigt hat. Das Kapital reagierte auf doppelte Weise, mit Konzentration und weltweiter Expansion. Die neuen Monopole eigneten sich über die eigenen Gewinne hinaus Zusatzprofite an, die sie von dem durch die Ausbeutung der Arbeit erzeugten massiven Mehrwert abschöpften. Und sie eroberten in

2 Zum Folgenden vgl. ausführlich Samir Amin, *La crise, sortir de la crise du capitalisme ou sortir du capitalisme en crise*, Paris 2009.

aller Welt neue Kolonien. Diese Strukturveränderungen ermöglichten einen neuerlichen Aufschwung der Profite. Sie führten die *belle époque* der Jahre 1890 bis 1914 herbei, die Periode weltweiter Vorherrschaft des im Besitz der Finanzmonopole befindlichen Kapitals. Die Leitdiskurse jener Zeit priesen die Kolonialisierung als „zivilisatorische Mission“ und setzten Globalisierung mit Weltfrieden gleich, womit sie die Unterstützung der Arbeiterschaft in Gestalt der Sozialdemokratie gewannen. Doch die von den Ideologen jener Zeit als „Ende der Geschichte“ deklarierte *belle époque* mündete in den Ersten Weltkrieg, was als einziger Lenin vorhergesagt hatte. Und die nachfolgende Periode, die bis zum Zweiten Weltkrieg und seinen Nachwirkungen anhielt, war ein Zeitalter der „Kriege und Revolutionen“. Die Revolution in Russland (dem „schwächsten Glied“ des Systems) konnte, infolge der Zerschlagung der Hoffnungen auf eine Revolution in Mitteleuropa, isoliert werden, so dass das Kapital der Finanzmonopole 1920 das System der *belle époque* entgegen aller Wahrscheinlichkeit wiederherstellte; eine von Keynes seinerzeit verurteilte Restauration, die letztlich zum Finanzkrach von 1929 und der darauf – bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs – folgenden Großen Depression führte.

Das „lange 20. Jahrhundert“ (1873-1990) hat daher zwei Gesichter: Es ist zum einen das Jahrhundert der ersten tiefen Systemkrise des alternden Kapitalismus (jenes Kapitalismus der Monopole, den Lenin sogar für das „höchste Stadium des Kapitalismus“ hielt) und zum anderen das Jahrhundert der ersten siegreichen Welle antikapitalistischer Revolutionen (Russland, China) sowie der antiimperialistischen Bewegungen Asiens und Afrikas.

Die zweite Systemkrise des Kapitalismus begann 1971 mit der Aufgabe der Golddeckung des US-Dollars, fast genau ein Jahrhundert nach dem Beginn der ersten. Sowohl Profitraten als auch Investitions- und Wachstumsraten stürzten ab (und erreichten nie wieder die Marken der Zeit von 1945 bis 1975). Das Kapital reagierte auf die Herausforderung ähnlich wie in der früheren Krise auf doppelte Weise, nämlich mit Konzentration und Globalisierung. Es schuf Strukturen, die die zweite *belle époque* (1990-2008) der Finanzglobalisierung definierten und es oligopolistischen Gruppen erlaubten, ihre Monopolrente abzuschöpfen. Die Begleitmusik dieses Prozesses klang genau wie beim ersten Mal: Der „Markt“ – so der Diskurs – garantiert Wohlstand, Demokratie und Frieden; wir erleben das „Ende der Geschichte“. Und wieder die gleiche Sogwirkung: Diesmal verschrieben sich die europäischen Sozialisten dem neuen Liberalismus. Doch diese neue *belle époque* ging von Anfang an mit Krieg einher, mit dem 1990 begonnenen Krieg des Nordens gegen den Süden. Und genau wie die erste Finanzglobalisierung zum Großen Krach von 1929 geführt hatte, brachte die zweite die Krise von 2008 hervor. Heute haben wir den kritischen Punkt erreicht, an dem durchaus eine neue Welle von „Kriegen und Revolutionen“ zu gewärtigen ist. Die Wahrscheinlichkeit ist umso größer, als die herrschenden Kräfte nichts anderes ins Auge fassen als die Restauration des Systems, wie es vor dem Finanzkollaps bestand.

Wie sehr diese beiden langen, systemischen Krisen des alternden Kapitalismus einander in ihrem Ablauf gleichen, ist verblüffend. Dessen ungeachtet gibt es Unterschiede von erheblicher politischer Bedeutung.

Hinter der Finanzkrise steckt eine Systemkrise des oligopolistischen Kapitalismus

Der gegenwärtige Kapitalismus ist zuerst und vor allem ein Kapitalismus der Oligopole im wahren Sinne des Wortes (in dem der Kapitalismus es zuvor nur partiell war). Ich will damit sagen, dass die Oligopole und nur sie die Produktion des Wirtschaftssystems in seiner Gesamtheit beherrschen. Sie sind insofern „finanzialisiert“, als nur sie allein Zugang zu den Kapitalmärkten haben. Diese „Finanzialisierung“ verschafft dem Geld- und Finanzmarkt – also ihrem eigenen Markt, auf dem sie miteinander konkurrieren – den Status des dominanten Marktes, der seinerseits die Arbeits- und Warenmärkte formt und beherrscht.

Diese weltweite Dominanz des Finanzmarkts findet ihren Ausdruck auch in einer Transformation der herrschenden bürgerlichen Klasse, die zu einer Renten-abschöpfenden Plutokratie geworden ist. Die Oligarchen sind nicht nur, wie allzu oft angenommen, Russen, sondern viel eher und viel häufiger US-Amerikaner, Europäer und Japaner. Der Niedergang der Demokratie ist das unvermeidliche Ergebnis dieser Machtkonzentration zum alleinigen Nutzen der Oligopole.

Wichtig ist auch, die neue Form kapitalistischer Globalisierung, die dieser Transformation entspricht – im Unterschied zu derjenigen, die die erste *belle époque* kennzeichnete – genau zu bestimmen. Ich spreche, kurz gefasst, von einem Übergang vom Imperialismus im Plural (also dem Stadium permanenter Auseinandersetzungen der imperialistischen Mächte untereinander) zum kollektiven Imperialismus der Triade (der USA, Europas und Japans).

Die Monopole, die als Reaktion auf die erste Krise der Profitraten aufstiegen, entstanden auf Grundlagen, die die Gewaltsamkeit der Konkurrenz zwischen den wichtigsten imperialistischen Mächten jener Zeit verschärfen und den bewaffneten Konflikt herbeiführten, der 1914 begann und über den Frieden von Versailles und dann den Zweiten Weltkrieg bis 1945 andauerte. Giovanni Arrighi, André Gunder Frank, Immanuel Wallerstein und ich selbst haben schon in den 1970er Jahren von einem „dreißigjährigen Krieg“ gesprochen, ein Begriff, den sich seither auch andere zu eigen gemacht haben.

Die zweite Welle oligopolistischer Konzentration, die in den 1970er Jahren begann, bildete sich demgegenüber auf gänzlich anderen Grundlagen, nämlich im Rahmen jenes Systems, das ich als den „kollektiven Imperialismus“ der Triade (USA, Europa, Japan) bezeichnet habe. Bei dieser neuen Form imperialistischer Globalisierung wird die Vorherrschaft der Zentren nicht mehr mittels des Monopols der Industrieproduktion ausgeübt (wie es zuvor der Fall gewesen war), sondern durch andere Mittel (die Kontrolle der Technologien, der Finanzmärkte, des Zugangs zu den natürlichen Ressourcen des Planeten, des Informations- und Kommunikationswesens, der Massenvernichtungswaffen). Dieses System, das ich auch als „Apartheid im Weltmaßstab“ bezeichnet habe,³ impliziert permanenten Krieg gegen die Staaten und Völker der

3 Vgl. Samir Amin, Apartheid global. Der neue Imperialismus und der globale Süden, in: „Blätter“, 2/2006, S. 163-169.

aufsässigen Peripherien, einen Krieg, der schon in den 1990er Jahren mit der Einrichtung eines weltweiten Systems militärischer Kontrolle seitens der USA und der ihnen untergeordneten NATO-Verbündeten begonnen wurde.

Meiner Analyse zufolge ist die „Finanzialisierung“ dieses Systems unauflöslich mit seiner eindeutig oligopolistischen Dimension verknüpft. Wir haben es hier mit einer durch und durch organischen Beziehung zu tun. Doch diese Ansicht wird nicht allgemein geteilt, weder in der umfänglichen Publizistik konventioneller Ökonomen noch in der Mehrzahl der kritischen Schriften zur gegenwärtigen Krise.

Die Faktenlage ist klar: Der Finanzcrash hat nicht bloß zur „Rezession“, sondern bereits zu einer echten, tiefgreifenden Depression geführt. Doch darüber hinaus sind weitere Dimensionen der Krise dieses Systems, sogar schon vor der Finanzkrise, ins öffentliche Bewusstsein gedrungen. Wir kennen die Etiketten – Energiekrise, Ernährungskrise, Umweltkrise, Klimawandel – und die zahlreichen, so gut wie täglich und oft in außerordentlicher Qualität vorgelegten Analysen dieser anderen Aspekte der Herausforderung, vor der wir heute stehen.

Dennoch bleibe ich dabei, dass diese Art der Auseinandersetzung mit der Systemkrise des Kapitalismus die unterschiedlichen Seiten der Herausforderung zu sehr voneinander trennt. Ich würde deshalb die diversen „Krisen“ genauer als Facetten ein und derselben Herausforderung bestimmen – ebenjenes Systems der kapitalistischen Globalisierung unserer Tage (ob nun liberal oder nicht), die auf dem Prinzip beruht, dass die imperialistische Rente im Weltmaßstab abgeschöpft wird, und zwar zum Vorteil der Plutokratie der in der imperialistischen Triade formierten Oligopole.

Dies ist der ausschlaggebende Grund dafür, dass die eigentliche Schlacht zwischen den Oligopolen einerseits, die die Bedingungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten bestrebt sind, welche ihnen die Aneignung der imperialistischen Rente gestatten, und der Gesamtheit ihrer Opfer auf der anderen Seite auszufechten ist – den Arbeitern aller Länder des Nordens wie des Südens und den Völkern der herrschaftsunterworfenen Peripherien, die sich dazu verdammt sehen, jegliche Aussicht auf eine Entwicklung, die diesen Namen verdient, aufzugeben.

Die Krise des Kapitalismus überwinden – oder den krisenhaften Kapitalismus selbst?

Exiting the crisis of capitalism or capitalism in crisis? – Diese Formel haben André Gunder Frank und ich im Jahre 1974 vorgeschlagen.

Die Analyse der neuen großen Krise, die unserer Meinung nach zu dieser Zeit begonnen hatte, führte uns zu der wichtigen Schlussfolgerung, dass das Kapital auf die neue Herausforderung mit einer neuen Konzentrationswelle reagieren und auf der so geschaffenen Grundlage zu massiven Umgruppierungen übergehen werde. Die nachfolgenden Entwicklungen bestätigten diese Annahme weitgehend. Auf einer von der Zeitschrift „Il Manifesto“ 1974

in Rom veranstalteten Konferenz betitelten wir unseren Beitrag (in Anspielung auf das bei dieser Gelegenheit dem Vergessen entrissenen Buch George Orwells) „Warten wir nicht auf 1984!“ Auf diese Weise forderten wir die radikale Linke seinerzeit auf, sich jeglicher Strategie, dem Kapital durch die Suche nach „Auswegen aus der Krise“ zu Hilfe zu kommen, zu enthalten und sich stattdessen um Strategien mit dem Ziel eines „Ausgangs aus dem in die Krise geratenen Kapitalismus“ zu bemühen.

An dieser Art, die Dinge zu analysieren, habe ich mit einer gewissen Sturheit festgehalten und bereue das keineswegs. Ich habe angeregt, neue Herrschaftsformen der imperialistischen Zentren auf den Begriff zu bringen, die auf der Grundlage neuer Kontrollverfahren das alte Monopol auf ausschließlich industrielle Produktion ersetzen, und der Aufstieg der sogenannten Schwellenländer hat die Notwendigkeit einer solchen Anstrengung bestätigt. Ich habe die neue Globalisierung beschrieben, die als eine „Apartheid im Weltmaßstab“ errichtet wird, das Management des Planeten in militarisierter Form erfordert und so unter neuen Bedingungen die Polarisierung verewigt, die sich von der Expansion des „real existierenden Kapitalismus“ nicht trennen lässt.

Die zweite Welle der Selbstbefreiung des Volkes: eine Neuauflage des 20. Jahrhunderts oder mehr?

Die heutige Welt wird von Oligarchien regiert. Es sind die Finanzoligarchien der USA, Europas und Japans, die nicht nur das Wirtschaftsleben, sondern auch Politik und Alltag bestimmen. Desgleichen, als ihr Ebenbild, die russischen Oligarchien, welche der russische Staat zu kontrollieren versucht. Und in China haben wir es mit einer Art *statocracies* zu tun. In anderen Teilen der Welt fungieren Autokratien (die sich manchmal hinter dem Anschein einer Wahldemokratie „niedriger Intensität“ verbergen) als Bestandteile dieses globalen Systems.

Das Management der gegenwärtigen Globalisierung durch diese Oligarchien steckt in der Krise.

Die Oligarchien des Nordens streben danach, an der Macht zu bleiben, wenn diese Krise erst einmal überstanden ist. Sie fühlen sich nicht ernstlich bedroht. Demgegenüber springt ins Auge, wie zerbrechlich die Machtstellung der Autokratien des Südens ist. Das bestehende Globalisierungsmodell ist deshalb verwundbar. Wird es durch die Revolte im Süden in Frage gestellt werden, wie im vergangenen Jahrhundert geschehen? Wahrscheinlich, aber das wäre kein Grund zur Freude. Die Menschheit wird sich nämlich erst dann auf den Weg zum Sozialismus – der einzig humanen Alternative zum Chaos – begeben, wenn die Macht der Oligarchien, ihrer Verbündeten und ihrer Dienstboten sowohl in den Ländern des Nordens als auch in denjenigen des Südens geschlagen sein wird.

Der Kapitalismus ist von Natur aus „liberal“, sofern wir unter „Liberalismus“ nicht das hübsche Etikett, sondern die offene und umfassende Vorherrschaft des Kapitals nicht nur über Arbeit und Wirtschaft, sondern über buchstäblich

alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens verstehen. „Marktwirtschaft“ (eine vulgäres Synonym für Kapitalismus) kann es ohne eine „Marktgesellschaft“ nicht geben. Das Kapital verfolgt stur und steif dieses eine, einzige Ziel: Geld; Akkumulation um der Akkumulation willen. Marx war das, wie nach ihm anderen kritischen Köpfen, Keynes beispielsweise, vollkommen klar. Nicht so jedoch unseren gängigen Ökonomen, die der Linken eingeschlossen.

Dieses Modell ausschließlicher und umfassender Kapitalherrschaft hatten die herrschenden Klassen während der vorigen langen Krise bis 1945 durchgängig und rücksichtslos praktiziert. Allein der dreifache Sieg der Demokratie, des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen ermöglichte es zwischen 1945 und 1980, dieses immerwährende Idealmodell des Kapitalismus durch die konfliktbehaftete Koexistenz dreier Modelle gesellschaftlicher Regulation zu ersetzen. Damit meine ich den Wohlfahrtsstaat der westlichen Sozialdemokratie, den „real existierenden“ Sozialismus im Osten und die Befreiungsnationalismen des Südens. Der Niedergang und Zusammenbruch dieser drei Modelle wiederum ermöglichte die Rückkehr zur Alleinherrschaft des Kapitals, diesmal charakterisiert als die neoliberale Phase des Kapitalismus.

Diesem neuen „Liberalismus“ habe ich eine Reihe neuartiger Aspekte zugeschrieben, mit denen er sich meines Erachtens die Qualifizierung als „seniler Kapitalismus“ verdient hat. Mein 2001 unter ebendiesem Titel erschienenenes Buch dürfte zu den seltenen zeitgenössischen Veröffentlichungen gehören, die den neoliberalen globalisierten Finanzkapitalismus keineswegs als das „Ende der Geschichte“ betrachten. Vielmehr erwies meine Analyse das System des alternden Kapitalismus als instabil, letzten Endes dazu verurteilt zusammenzuberechen, und zwar gerade wegen seiner „Finanzialisierung“ (seiner „Achillesferse“, wie ich seinerzeit schrieb).⁴

Die herkömmlichen Ökonomen haben jede Infragestellung ihrer Dogmen beharrlich überhört, und zwar in einem Maße, das sie unfähig machte, den finanziellen Kollaps von 2008 kommen zu sehen. Auch jene, die in den Medien als „kritisch“ vorgestellt wurden, verdienen diese Bezeichnung kaum. Selbst Joseph Stiglitz glaubt immer noch, das System könne in seinem heutigen Zustand – als globalisierter und „finanzialisierter“ Liberalismus – mit Hilfe einiger Korrekturen repariert werden. Und Amartya Sen predigt moralisches Verhalten, ohne es zu wagen, den „real existierenden“ Kapitalismus so zu erfassen, wie dieser nun einmal notwendigerweise funktioniert.

Die sozialen Katastrophen, zu denen die Durchsetzung des Liberalismus – „der permanenten Utopie des Kapitals“, wie ich seinerzeit schrieb – führen musste, haben allerlei Nostalgien im Hinblick auf die nähere oder weiter zurückliegende Vergangenheit aufblühen lassen. Doch diese und ähnliche Formen der Vergangenheitsverklärung weisen keinen Weg zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderung, weil sie das Produkt einer Verarmung des kritischen, analytischen Denkens sind, das nach und nach aufgehört hat, die internationalen Widersprüche und Grenzen des nach 1945 entstandenen

4 Deutsch: Samir Amin, Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert. Der in die Jahre gekommene Kapitalismus, Hamburg 2003.

Systems zu begreifen. Dessen Erosionserscheinungen, Abweichungen und Zusammenbrüche erschienen einem solchen Denken schließlich als unverhoffte, unvorhersehbare Katastrophen.

Doch durch das Brachland hindurch, welches diese Verkümmern des kritischen, analytischen Denkens entstehen ließ, konnte ein neuer Weg gebahnt werden: indem nämlich die neuen Dimensionen der Systemkrise unserer Zivilisation ins Bewusstsein drangen. Ich spreche von der Ökologiebewegung. Die Grünen, die sich sowohl von den Blauen (den Konservativen und Liberalen) als auch von den Roten (den Sozialisten) radikal unterscheiden wollten, haben sich allerdings in eine Sackgasse manövriert, indem sie es versäumten, die ökologische Dimension mit der erforderlichen Grundsatzkritik am Kapitalismus zu verbinden.

Es waren also alle Voraussetzungen dafür erfüllt, den – zwar ephemeren, aber als „endgültig“ empfundenen – Triumph der „liberalen Demokratie“ sicherzustellen. Eine erbärmliche Geisteshaltung – im Grunde eine Denk-Verweigerung –, die Marx' Schlüsselargument hinsichtlich des Versagens der bürgerlichen Demokratie ignoriert: Das Nichtwahrhabenwollen des Umstands, dass die Entscheidungen nicht von denjenigen getroffen werden, die ebendiese Entscheidungen betreffen. Jene, die entscheiden und von der durch ihre Verfügung über Besitztümer gestärkten Freiheit profitieren, sind heute die Plutokraten des Oligopol-Kapitalismus – und die Staaten sind ihre Schuldner. Deshalb sind die Arbeiter und die betroffenen Völker zwangsläufig kaum mehr als die Opfer der ersten. Dennoch mag der liberale Nonsens an einem bestimmten Punkt der Entwicklung, zumindest kurzzeitig, aufgrund der Besonderheiten des nach 1945 entstandenen Systems glaubwürdig erschienen sein. Der elende Zustand der herrschenden Lehre machte es unmöglich, Krisenursachen überhaupt noch zu erkennen und zu begreifen. Deshalb konnte die liberale Demokratie zeitweilig als „das beste aller denkbaren Systeme“ erscheinen.

Heute sind die etablierten Kräfte – also ebenjene, die buchstäblich gar nichts vorausgesehen haben – emsig dabei, genau das gleiche System zu restaurieren, aus dem die Krise erwuchs. Der mögliche Erfolg dieses Bemühens wird jedoch ebenso wie derjenige der Konservativen in den 1920er Jahren (den Keynes seinerzeit ohne große Resonanz kritisiert hatte) das Ausmaß der Widersprüche, die dem Finanzkollaps von 2008 zugrunde liegen, nur noch vergrößern.

Ebenso schwer wiegt die Tatsache, dass Wirtschaftswissenschaftler der „Linken“ sich seit langem die Schlüsselannahmen der Vulgärökonomie zu eigen gemacht und die irrije Vorstellung akzeptiert haben, Märkte seien rational. Diese Ökonomen haben ihre Anstrengungen darauf konzentriert, die Bedingungen der unterstellten Marktrationalität zu definieren, und dabei Marx aufgegeben. Der hatte herausgearbeitet, dass Märkte vom Interessenstandpunkt der Arbeiter und der Völker aus gesehen irrational sind, doch diese Sichtweise galt nunmehr als obsolet. Aus einem solchen „linken“ Blickwinkel betrachtet, ist der Kapitalismus flexibel. Wenn man ihn entsprechend zähmt, passt er sich den Erfordernissen des Fortschritts (technologisch, aber sogar auch sozial) an.

Diese „linken“ Ökonomen zeigten sich zu der Einsicht, dass die jetzt ausgebrochene Krise unvermeidlich war, weder fähig noch willens. Und sich den Herausforderungen zu stellen, mit denen die Völker im Ergebnis konfrontiert sind, dazu sind diese Leute sogar noch weniger bereit. Wie die anderen Vulgärökonomien auch werden sie versuchen zu reparieren, was zusammengebrochen ist, ohne zu begreifen, dass ein Erfolg nur möglich ist, wenn ein ganz anderer Weg eingeschlagen, wenn Kurs auf eine Überwindung der Logik des Kapitalismus genommen wird. Statt nach Auswegen aus dem Krisenkapitalismus als solchem zu suchen, glauben sie, sie könnten sich aus der Krise des Kapitalismus einfach hinausmogeln.

Die US-Hegemonie in der Krise

Der viel beachtete Londoner G20-Gipfel vom April 2009 stellte keineswegs den Einstieg in einen „Umbau der Welt“ dar. Wohl nicht zufällig folgten inmitten all dieses Rummels ein Gipfeltreffen der NATO, der rechten Hand des gegenwärtigen Imperialismus, und eine Verstärkung des militärischen Engagements der Allianz in Afghanistan. Der permanente Krieg Nord gegen Süd muss weitergehen.

Wir wussten schon vorher, dass die Regierungen der Triade – der USA, Europas und Japans – allein das Ziel einer Wiederherstellung des vor September 2008 bestehenden Systems verfolgen würden. Die Londoner Gipfel-Auftritte von Präsident Obama und Premierminister Brown wie auch die von Sarkozy und Merkel zielten nur darauf ab, dem Publikum zu gefallen. Die von den Medien herausgestellten angeblichen Meinungsverschiedenheiten entbehren jeglicher Substanz und dienen allein dem Zweck, die jeweiligen Führer in den Augen einer naiven Öffentlichkeit gut aussehen zu lassen. „Den Kapitalismus neu erfinden“, „Finanzgeschäfte moralisch zu gestalten“: Mit solchen und ähnlich großen Worten versuchte man, sich vor den eigentlichen Fragen zu drücken. Ebendeshalb wird eine – durchaus nicht unmögliche – Restauration des Systems kein einziges Problem lösen, sondern in Wirklichkeit die Krise noch verschärfen. Die von den Vereinten Nationen einberufene „Stiglitz-Kommission“ ist ein Bestandteil dieser Strategie, die Öffentlichkeit zu täuschen. Anderes war von den Oligarchen, die über die reale Macht verfügen, und ihren politischen Schuldnern offenkundig nicht zu erwarten. Meine hier dargelegte Sicht der Dinge mit ihrer Betonung der unentwirrbaren Verknüpfung zwischen der Dominanz der Oligopole und der zwangsläufigen „Finanzialisierung“ der Art und Weise, wie die Weltwirtschaft betrieben wird, wird durch die G20-Ergebnisse nur bestätigt.

Mehr Interesse verdient die Tatsache, dass die zum Londoner Gipfel eingeladenen Führer der Schwellenländer es vorzogen, stumm zu bleiben. Im Verlauf des ganzen Spektakels fiel ein einziger kluger Satz. Er stammte von Hu Jintao, dem chinesischen Staatspräsidenten, der „nebenbei“ mit einem (ironischen?) Lächeln und ohne seine Bemerkung zu vertiefen feststellte, man werde die Schaffung eines nicht auf dem US-Dollar basierenden Weltwäh-

nungssystem ins Auge fassen müssen. Einige Kommentatoren stellten sofort – und zutreffenderweise – einen Zusammenhang zu Keynes' Vorschlägen von 1945 her.

Hu Jintaos „Bemerkung“ läuft auf die schonungslose Diagnose hinaus, dass die Krise des kapitalistischen Systems der Oligopole unauflöslich mit der Krise der US-Hegemonie verbunden ist. Diese hängt buchstäblich in den Seilen – aber wer wird sie ersetzen? Ganz gewiss nicht „Europa“, das es außerhalb des atlantischen Systems oder ohne dieses überhaupt nicht gibt und das keinerlei Ehrgeiz hat, unabhängig zu werden, wie das Gipfeltreffen der NATO einmal mehr bewies. Und China? Diese „Bedrohung“, die von den Medien bis zum Erbrechen repetiert (und als eine Art neue „Gelbe Gefahr“ beschworen) wird – zweifellos, um die atlantische Ausrichtung zu rechtfertigen –, hat keine reale Basis. Die chinesische Führung weiß, dass ihr Land nicht über die nötigen Mittel verfügt, und ist auch nicht gewillt, eine solche Rolle einzunehmen. Chinas Strategie beschränkt sich darauf, für eine neue Globalisierung ohne Hegemonialmacht zu werben – doch dergleichen halten weder die USA noch Europa für hinnehmbar.

Wie wahrscheinlich es ist, dass die Entwicklung möglicherweise doch in diese Richtung geht, hängt einmal mehr von den Ländern des Südens ab. Nicht zufällig hat die UNCTAD (die *United Nations Conference on Trade and Development*) als einzige Institution im Organisationsbereich der Vereinten Nationen Initiativen ergriffen, die sich grundlegend von denen der „Stiglitz-Kommission“ unterscheiden. Kein Zufall ist auch, dass der Generalsekretär der UNCTAD, der bis dato als überzeugter Liberaler eingeschätzte Thailänder Supachai Panitchpakdi, es in einem Bericht vom März 2009 unter dem Titel „Die Weltwirtschaftskrise“ gewagt hat, realistische Vorstellungen zu entwickeln, die als Vorzeichen einer zweiten Welle „südlichen Erwachens“ anzusehen sind.

China seinerseits hat mit dem – allmählichen und geordneten – Aufbau alternativer, vom US-Dollar abgelöster Finanzsysteme auf regionaler Basis begonnen. Solche und ähnliche Initiativen vervollständigen auf der ökonomischen Ebene die Förderung des politischen Zusammenschlusses im Rahmen der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO), der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit, die eine wichtige Barriere gegen die Aggressivität der NATO bildet.

Das gleichfalls im April 2009 abgehaltene Gipfeltreffen der NATO billigte die Entscheidung Washingtons, nicht etwa mit einem schrittweisen militärischen Disengagement zu beginnen, sondern seine militärischen Aktivitäten im Gegenteil noch zu steigern – wie stets unter dem Vorwand des „Antiterrorkriegs“. Präsident Obama bedient sich seiner Talente, um Clintons und Bushs Programme zu retten: die ganze Welt militärisch unter Kontrolle zu halten, weil sich nur so die Tage der in Gefahr geratenen US-Hegemonie noch einmal verlängern lassen. Obama gelang es, Punkte zu machen. Von Sarkozy erlangte er eine Art bedingungsloser Kapitulation: Frankreich kehrte – was auf das Ende des Gaullismus hinausläuft! – in das militärische Kommandosystem der NATO zurück, ein Schritt, der zu Zeiten der Bush-Regierung kaum möglich gewe-

sen wäre, als aus Washington ebenso unbedachte wie arrogante Töne kamen. Mehr noch: Als er sich über die Unabhängigkeit Europas hinwegsetzte und diesem Lektionen darüber erteilte, wie es mit dem türkischen Streben nach Mitgliedschaft in der EU umzugehen habe, handelte Obama sogar exakt wie sein Vorgänger.

Einer Zweiten Welle siegreicher Kämpfe für die Emanzipation der Arbeiter und der Völker entgegen

Das politische Management der Weltherrschaft des Oligopol-Kapitals erfolgt notwendigerweise mit äußerster Gewaltsamkeit. Denn um ihren Status als Überflussgesellschaften aufrechtzuerhalten, sehen sich die Länder der imperialistischen Triade fortan gezwungen, den Zugang zu den natürlichen Reichtümern des Planeten derart zu beschränken, dass allein sie diese nutzen können. Dies neue Erfordernis ist die Quelle jener Militarisierung der Globalisierung, die ich an anderer Stelle als „Reich des Chaos“ beschrieben habe (so der Titel eines im Jahr 1991 von mir veröffentlichten Buches), eine Formulierung, die andere seither übernommen haben.⁵

Im Einklang mit dem „Washingtoner Projekt“ der militärischen Kontrolle über den gesamten Planeten und der Führung „präemptiver Kriege“ unter dem Vorwand des „Krieges gegen den Terror“ hat die NATO sich selbst zur „Vertretung der internationalen Gemeinschaft“ erklärt und so die Vereinten Nationen marginalisiert – die einzige Institution, die das Recht hat, in diesem Namen zu sprechen. Natürlich kann man die beschriebenen wirklichen Ziele nicht offen zugeben. Um sie zu tarnen, haben die betreffenden Mächte sich entschieden, den Demokratie-Diskurs zu instrumentalisieren, und sich selbst ein „Interventionsrecht“ angemäht, um so „die Respektierung der Menschenrechte“ zu erzwingen.

Gleichzeitig hat die absolute Macht der neuen oligarchischen Plutokratien die Substanz der bürgerlichen Demokratie in der Praxis ausgehöhlt. Früher bedurfte die Reproduktion der Kapitalmacht politischer Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen des hegemonialen Blocks. Im Gegensatz dazu hat das durch systematische Entpolitisierung herbeigeführte neue politische Management der Gesellschaft im Oligopol-Kapitalismus eine neue politische Kultur des „Konsenses“ (nach dem Vorbild der USA) entstehen lassen, die den Konsumenten und den politischen Zuschauer an die Stelle des Aktivbürgers treten lässt – letzterer ist jedoch elementare Voraussetzung einer authentischen Demokratie. Dieser „liberale Virus“ (so der Titel eines anderen meiner Bücher) zerstört die Offenheit für mögliche Alternativen der Politik und ersetzt sie durch einen Konsens, der allein um die Einhaltung der prozeduralen Seite einer Wahldemokratie kreist.⁶

Im Niedergang und Zusammenbruch der drei oben erwähnten Gesellschaftsmodelle ist der Ursprung dieses Dramas zu suchen. Das Kapitel der Ers-

5 Deutsch: Samir Amin, *Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt*, Hamburg 1992.

6 Samir Amin, *The Liberal Virus. Permanent War and the Americanization of the World*, New York 2004.

ten Welle emanzipatorischer Kämpfe ist nun abgeschlossen, während jenes der Zweiten Welle noch nicht aufgeschlagen wurde. In der dazwischen liegenden Dämmerung erscheinen, wie Gramsci schreibt, die „Ungeheuer“.

Im Norden haben diese Entwicklungen bewirkt, dass der Sinn für eine wahrhaft demokratische Praxis verloren ging. Kaschiert wird dieser Rückschritt durch die Behauptungen des sogenannten postmodernen Diskurses, demzufolge Nationen und Klassen schon von der Bühne abgetreten sind und den politischen Raum dem „Individuum“ überlassen haben. Letzteres ist jetzt, wie es heißt, das tätige Subjekt gesellschaftlicher Umgestaltung.

Im Süden beherrschen andere Selbsttäuschungen die Politik. Etwa die illusorische Annahme einer kapitalistischen Form nationaler und autonomer Entwicklung im Rahmen der Globalisierung, die unter den herrschenden Klassen und den Mittelschichten der Schwellenländer angesichts der dort in den letzten Jahrzehnten erzielten kurzfristigen Erfolge erheblichen Einfluss genießt. Oder die nostalgischen (paraethnischen oder parareligiösen) Vorstellungen einer imaginierten Vergangenheit in jenen Ländern, die von solchen Erfolgen abgeschnitten blieben.

Erschwerend kommt hinzu, dass diese Entwicklungen die allgemeine Akzeptanz der „Konsumideologie“ noch gefestigt haben und Fortschritt heute am mengenmäßigen Zuwachs des Verbrauchs gemessen wird. Schon Marx hatte jedoch nachgewiesen, dass es die Produktionsweise ist, die die Konsumtionsweise bestimmt, und nicht etwa umgekehrt, wie Vulgärökonomen behaupten. Was bei alledem aus dem Blick gerät, ist die Perspektive einer höheren, humanistischen Vernunft, die elementare Voraussetzung des sozialistischen Projekts. Das ungeheure Potential, das der Einsatz von Wissenschaft und Technik der ganzen Menschheit bieten und das sowohl die Individuen als auch die Gesellschaften des Nordens wie des Südens wahrhaft aufblühen lassen könnte, wird aufgrund der Erfordernisse seiner Unterordnung unter die Logik eines unbegrenzten Fortgangs der Kapitalakkumulation vergeudet oder liegt brach. Schlimmer noch, der anhaltende Fortschritt in der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit geht, wie schon Marx erkannt hatte, einher mit einem geradezu atemberaubenden Einsatz von Verelendungspraktiken (die weltweit ins Auge springen, unter anderem im Generalangriff auf die Agrargesellschaften).⁷

Dass sie der ideologischen Entfremdung erliegen, die der Kapitalismus erzeugt, wirkt sich nicht allein auf die Überflussgesellschaften der imperialistischen Zentren negativ aus. Den Völkern der Peripherien, denen zumeist der Zugang zu annehmbaren Konsumtionsniveaus versperrt ist und die sich von Hoffnungen auf gleiche Lebensstandards wie im reichen Norden blenden lassen, kommt das Bewusstsein abhanden, dass die Logik des Kapitalismus und seiner Geschichte eine Ausweitung dieses Modells auf den ganzen Globus unmöglich macht.

So wird klar, weshalb der Finanzkollaps des Jahres 2008 einzig und allein der Zuspitzung der inneren Widersprüche geschuldet ist, die die Kapitalakkumulation kennzeichnen. Nur die Einschaltung von Kräften, die eine posi-

7 Zu letzterem vgl. Samir Amin, Der kapitalistische Genozid, in: „Blätter“, 7/2004, S. 817-824.

tive Alternative verkörpern, kann den Weg öffnen, auf dem überhaupt erst vorstellbar wird, dem von der Verschärfung der inneren Widersprüche des Systems verursachten Chaos zu entkommen. (In diesem Sinne habe ich dem Denkmodell einer Überwindung des historisch überholten Systems durch dessen immanente „Dekadenz“, das heißt die Eigendynamik seines Niedergangs, den Ansatz des „revolutionären Weges“ gegenübergestellt.) Doch wie die Dinge gegenwärtig stehen, bleiben die sozialen Protestbewegungen ungeachtet ihrer sichtlichen Zunahme insgesamt gesehen unfähig, die mit dem Oligopol-Kapitalismus verbundene Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen, weil ein konsistentes politisches Projekt fehlt, das den Herausforderungen gewachsen ist. Aus diesem Blickwinkel erweist sich die heutige Situation als grundverschieden von derjenigen, die in den 1930er Jahren vorherrschte, als die Kräfte des Sozialismus auf faschistische Parteien prallten und in der sowohl Nazismus als auch New Deal und Volksfronten entstanden.

Die weitere Vertiefung der gegenwärtigen Krise ist unvermeidlich. Das gilt selbst für den nicht auszuschließenden Fall, dass die Wiederherstellung des Systems, in dem der Oligopol-Kapitalismus dominiert, gelingt. In dieser Situation spricht einiges für die Annahme, dass die Kämpfe sich möglicherweise radikalalisieren werden, auch wenn enorme Hindernisse zu überwinden bleiben.

In den Ländern der Triade würde eine derartige Radikalisierung implizieren, die Enteignung der Oligopole auf die Tagesordnung zu setzen, was für die absehbare Zukunft ausgeschlossen erscheint. Das heißt aber auch, dass die Annahme, die Stabilität der Gesellschaften der Triade werde – trotz aller durch die Krise verursachten Turbulenzen – nicht in Frage gestellt werden, sich nicht von der Hand weisen lässt. Es besteht die reale Gefahr, dass es zu einer Neuauflage jener Welle von Emanzipationskämpfen kommt, wie sie sich im 20. Jahrhundert ereigneten, das heißt eine Infragestellung des Systems ausschließlich an einigen seiner Ränder.

Auf der Tagesordnung steht jetzt, dass „das Erwachen des Südens“ (wiederum der Titel eines meiner Bücher, das die Bandung-Periode als das erste Stadium dieses Erwachens interpretiert) in ein zweites Stadium eintritt.⁸ Im günstigsten Fall könnten die unter solchen Umständen erzielten Fortschritte den Imperialismus zwingen, zurückzuweichen und sein irrsinniges, geradezu kriminelles Projekt aufzugeben, die ganze Welt militärisch kontrollieren zu wollen. Falls es dazu käme, könnte die demokratische Bewegung in den Ländern des Zentrums einen positiven Beitrag zum Erfolg dieser Neutralisierungsstrategie leisten. Darüber hinaus könnte der Verfall der die betreffenden Gesellschaften begünstigenden imperialistischen Rente, seinerseits ein Resultat der Umbildung der internationalen Gleichgewichte zugunsten des Südens (besonders Chinas), das Erwachen eines sozialistischen Bewusstseins fördern. Andererseits könnte es sein, dass die Gesellschaften des Südens sich dennoch weiterhin den gleichen Herausforderungen wie früher gegenübersehen, also einer Situation, die ihrem Fortkommen die bekannten Beschränkungen auferlegen würde.

8 Samir Amin, *L'éveil du Sud: L'ère de Bandoung 1955-1980. Panorama politique et personnel de l'époque*, Paris 2008.

Ein neuer Internationalismus der Werktätigen und der Völker ist sowohl erforderlich als auch möglich

Der Kapitalismus und seine Geschichte bedeuten, je nach Blickwinkel, alles Mögliche – außer Frage steht nur eines: Auf Dauer zu stellen ist er nicht. Für die Menschheitsgeschichte bedeutet der Kapitalismus nur ein kurzes Zwischenspiel. Ihn grundsätzlich in Frage zu stellen, bleibt – obwohl unsere zeitgenössischen Denker dies in ihrer überwältigenden Mehrheit weder für „möglich“ noch für „wünschenswert“ halten – die unverzichtbare Voraussetzung für die Emanzipation der herrschaftsunterworfenen Arbeiter und Völker (nämlich der Peripherien, das heißt von 80 Prozent der Menschheit). Und die beiden Seiten der Aufgabe sind unauflöslich miteinander verknüpft. Einen Ausweg aus dem Kapitalismus wird es ebenso wenig geben, wenn nur die Völker des Nordens kämpfen, wie wenn nur die herrschaftsunterworfenen Völker des Südens es tun. Überwinden lassen wird der Kapitalismus sich nur, falls und sobald diese beiden Seiten der Aufgabe miteinander verbunden werden. Es ist alles andere als „gewiss“, dass es dazu kommen wird. Wenn aber nicht, wird der Kapitalismus durch die Zerstörung der Zivilisation (über das „Unbehagen“ in der Kultur, wie Freud es nennt, hinaus) und vielleicht allen Lebens auf diesem Planeten überwunden werden. Das Szenario einer Neuauflage des 20. Jahrhunderts versagt vor dem zwingenden Erfordernis, dass die Menschheit sich auf den langen Weg der Umgestaltung, hin zum weltweiten Sozialismus, begeben muss. Die liberale Katastrophe verlangt nach einer Erneuerung der Grundsatzkritik am Kapitalismus. Diese Aufgabe stellt sich der permanenten Entwicklung des Internationalismus der Arbeitenden und der Völker gegenüber dem Kosmopolitismus des oligarchischen Kapitals.

Die Schaffung dieser Art von Internationalismus lässt sich nur auf dem Wege neuer, erfolgreicher revolutionärer Vorstöße (wie sie etwa in Lateinamerika oder Nepal begonnen wurden) ins Auge fassen, die die Perspektive einer Überwindung des Kapitalismus eröffnen.

In den Ländern des Südens kann es dem Kampf der Staaten und Völker um die Aushandlung einer hegemoniefreien Form der Globalisierung – also die aktuelle Version der Abkopplung – unterstützt von der Durchsetzung der Ansprüche der Volksklassen gelingen, die Kräfte der Oligopole der imperialistischen Triade einzugrenzen und zu beschränken. Die demokratischen Kräfte in den Ländern des Nordens müssen diesen Kampf unterstützen. Der „demokratische“ Diskurs, der stattdessen vorgeschlagen – und, wie die Dinge liegen, von einer Mehrheit der Linken akzeptiert – wird und die in seinem Namen durchgeführten „humanitären“ Interventionen weichen ebenso wie die erbärmlichen Praktiken der „Hilfe“-Leistung einer echten Befassung mit dieser Aufgabe aus.

In den Ländern des Nordens stellen die Oligopole schon heute eindeutig Organisationsformen des Gemeinwohls dar, deren Handhabung nicht partikulären Privatinteressen allein überlassen bleiben kann (die Krise hat die katastrophalen Folgen eines solchen Verfahrens aufgedeckt). Eine authentische Linke muss den Mut aufbringen, Verstaatlichungen als unvermeidli-

che erste Stufe einer Vergesellschaftung der Oligopole durch die Vertiefung praktizierter Demokratie ins Auge zu fassen. Die gegenwärtige Krise schafft die Voraussetzungen dafür, die mögliche Kristallisierung einer gemeinsamen Front der sozialen und politischen Kräfte zu konzipieren, die sämtliche Opfer des Machtmonopols der herrschenden Oligarchien zusammenführt.

Die Erste Welle der Kämpfe für den Sozialismus, nämlich jene des 20. Jahrhunderts, hat die Grenzen der europäischen Sozialdemokratien, der Kommunisten der Dritten Internationale und des Befreiungsnationalismus der Bandung-Ära gezeigt, den Niedergang und schließlichen Zusammenbruch ihrer sozialistischen Ambition.

Die Zweite Welle, jene des 21. Jahrhunderts, muss daraus ihre Lehren ziehen. Eine zentrale Lektion besteht darin, die Vergesellschaftung der wirtschaftlichen Leitungsstrukturen und die fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft eng zu verknüpfen. Es wird keinen Sozialismus geben ohne Demokratie, aber auch keinen demokratischen Fortschritt ohne sozialistische Perspektive.

Diese strategischen Zielvorstellungen legen es nahe, an die Herstellung einer „Einheit in Vielfalt“ (in Anlehnung an eine Formel des Alternativen Weltforums) zu denken, was die Organisationsformen und Kämpfe der herrschaftsunterworfenen und ausgebeuteten Klassen angeht. Ich denke nicht daran, Konvergenzen von vornherein zu verurteilen, die auf eigenständige Weise die Traditionen der Sozialdemokratie, des Kommunismus und der Befreiungsnationalismen aufgreifen, ebenso wenig aber Bestrebungen, sich gerade von ihnen abzuheben.

Dieser Perspektive entsprechend erscheint es mir notwendig, die Erneuerung eines schöpferischen Marxismus ins Auge zu fassen. Noch nie war Marx so nützlich und so nötig dafür, die Welt zu begreifen und zu verändern, heute sogar in noch höherem Maße als gestern. In diesem Sinne Marxist zu sein bedeutet, mit Marx anzufangen und nicht etwa bei ihm aufzuhören, oder bei Lenin oder Mao, wie es die früheren Marxisten im vergangenen Jahrhundert taten. Marx muss zuerkannt werden, was wir ihm verdanken: dass er die geistige Kraft hatte, das moderne kritische Denken zu begründen, als Kritik der kapitalistischen Realität und als Kritik ihrer politischen, ideologischen und kulturellen Ausdrucksformen. Ein schöpferischer Marxismus sollte das Ziel verfolgen, dieses kritische Denken *par excellence* weiter anzureichern. Er sollte sich nicht scheuen, alle geistigen Leistungen auf allen Feldern aufzunehmen, unter Einschluss auch derjenigen, welche die Dogmen der Geschichte gewordenen Marxismen der Vergangenheit als „wesensfremd“ einstufen.